

Verbohrtheit statt zukunftsfähige Arbeitsplätze bei Opel

Verantwortungslos, verbohrt und unsozial – so handelt die Bundesregierung, wenn es um Opel geht. Wirtschaftsminister zu Guttenberg hat sich als ideologischer Prinzipienreiter des Marktradikalismus erwiesen. Die Beschäftigten waren für ihn nur eine Rechengröße.

Anstatt Sachwalter der Steuerzahler zu sein, vergibt zu Guttenberg einen Blankoscheck für den Abbau von Tausenden Arbeitsplätzen. Ein Wirtschaftsminister, der eine aktive Industriepolitik für überflüssig hält, ist selbst überflüssig. Er ist unfähig, die Probleme der Krise zu lösen.

Opel ist jetzt zu 65 Prozent im Besitz eines privaten Treuhänders mit weitreichenden Befugnissen. Er kann die Firmenstruktur verändern, den Arbeitsplatzabbau beginnen und einen Investor suchen. In letzter Konsequenz kann er die Insolvenz von Opel einleiten. Mit diesem Modell will sich die Große Koalition nur über die Bundestagswahl retten. Das ist verantwortungslos.

Die jetzige Konstruktion ist hochriskant, weil sie nur auf Verdrängungskonkurrenz zielt: Vernichtung von Arbeitsplätzen, Reduzierung der Kosten, Steigerung von Stückzahl und Produktivität zu Lasten von Konkurrenten. Von einer Änderung der Produktpalette in Richtung umweltfreundlicher Produktion ist keine Rede.

DIE LINKE hat ein klares Konzept für Opel.

- 1. Anstatt Steuermittel ohne Gegenleistung zu geben, wäre ein Kaufkonsortium aus Bund und Ländern besser.** Ziel wäre eine Sperrminorität nach Vorbild von Volkswagen: Gegen die Mehrheit aus Arbeitnehmervertretung und Landesregierung kann kein Standort geschlossen werden.
- 2. Der Bund sollte mit Bürgschaften den Konzernverbund „Opel Europa“ absichern.** Anstatt gegen andere

europäische Standorte zu konkurrieren, sollte zusammen mit den betroffenen europäischen Ländern ein gemeinsames Unternehmen geschaffen werden, an dem auch Händler und Zulieferer beteiligt sind. Die Händler haben bereits eine finanzielle Beteiligung beschlossen.

- 3. Opel den Opelanern:** Es sind die Beschäftigten, die sowohl die Produkte als auch den Wert der Marke Opel geschaffen haben. Deshalb sollten die Beschäftigten Miteigentümer sein. Sind die Belegschaften direkt an den Unternehmen beteiligt, können sie Arbeitsplätze sichern, bessere Löhne und gute Arbeitsbedingungen wirksamer als bisher durchsetzen.

Ob ein solches Konzept erneut auf die Tagesordnung zu setzen ist, bleibt abzuwarten. Wir werden auf jeden Fall den Fortgang kritisch begleiten und weiter auf einer Beteiligung des Parlaments bestehen.

Industriepolitik für Menschen und Umwelt

Opel ist kein Einzelfall, sondern das Resultat einer Wirtschaftsordnung, die aus Profitsucht und nicht nach Bedarf produziert. Das hat katastrophale Folgen für Mensch und Umwelt. Und das gefährdet massenhaft Arbeitsplätze und Industrieregionen.

Ziel ist es, mit neuen Produkten den sozialökologischen Umbau einzuleiten und auf diesem Wege Arbeitsplätze zu schaffen. Als Alternative zum „Deutschlandfonds“ der Bundesregierung will DIE LINKE einen Zukunftsfonds einrichten, der sich an den Unternehmen beteiligt und dem Gemeinwohl verpflichtet ist. Über die Geschäfte dieses Fonds sollen Belegschaften, Gewerkschaften, Umwelt- und Sozialverbände, Gebietskörperschaften und Unternehmen gemeinsam entscheiden. So entsteht ein Zukunftsmodell für Opel und ein Beispiel für andere Unternehmen.

Redaktionsschluss: 08. Juni 2009